

Zahnsteiner Tageblatt

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Anzeigen-Preis: die einspaltige kleine Zeile 15 Pfennig.

Kreisblatt für den
Einziges amtliches Verordnungs-
Geschäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.



Kreis St. Goarshausen
blatt sämtlicher Behörden des Kreises.
Gegründet 1863. — Fernsprecher Nr. 38.

Beguns-Preis durch die Geschäftsstelle oder durch Boten vierteljährlich Mark. Durch die Post ins Haus Mark.

Nr. 30.

Druck und Verlag der Buchdruckerei
Franz Schickel in Oberlahnstein.

Mittwoch, den 19. Februar 1919.

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Eduard Schickel in Oberlahnstein.

56. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung

Nr. F. R. 170/1. 19. R. R. A.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

Die Bekanntmachung Nr. L. 999/10. 18. R. R. A., betreffend Beschlagnahme, Höchstpreise, Melde- und Verkaufsfrist für Lederabfälle vom 19. Oktober 1918 tritt bis zum 31. März 1919 außer Kraft.

Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt am 10. Januar 1919 in Kraft.

Berlin, den 10. Januar 1919.

Kriegs-Hofstoff-Abteilung.

Wolffhügel.

Wird hiermit veröffentlicht.

St. Goarshausen, den 14. Februar 1919.

Der Landrat.

J. V. Riemöhrner.

Bekanntmachung

Nr. F. R. 110/1. 19. R. R. A.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

Die Bekanntmachung W. II. 2800/8. 17. R. R. A. über Höchstpreise für Baumwoll-Spinnstoffe und Baumwoll-Gespinnste vom 2. Oktober 1917 wird folgendermaßen abgeändert:

1. Die Höchstpreise für Kunstbaumwolle (Preistafel 1, Buchstabe d) treten außer Kraft.
2. Die Höchstpreise für Baumwollgarne (Preistafel 2) treten für alle Garne außer Kraft, die auf Grund eines nach dem 31. Oktober 1918 ausgestellten Spinnerlaubnischeines gesponnen sind, sowie für gewirnte Fischnegarne.
3. Die Höchstpreise für alle übrigen Baumwoll-Spinnstoffe und Baumwollgespinnste, die gegen einen nach dem 31. Oktober 1918 ausgestellten Freigabe- oder Belegschein zur Ablieferung gelangt sind oder noch gelangen, erhöhen sich um 15 v. H.

Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt am 17. Januar 1919 in Kraft.

Berlin, den 17. Januar 1919.

Kriegs-Hofstoff-Abteilung.

Wolffhügel.

Wird hiermit veröffentlicht.

St. Goarshausen, den 14. Februar 1919.

Der Landrat.

J. V. Riemöhrner.

Betr. Kriegsbeschädigten-Fürsorge.

An Stelle des freiwillig zurückgetretenen Herrn Kommerzienrats C. E. Schmidt-Niederlahnstein hat das Kreis-Ausschuss-Mitglied Herr Fabrikbesitzer G. Lohbede-Oberlahnstein die Leitung der Kreisgeschäftsstelle für Kriegsbeschädigten-Fürsorge übernommen.

Das Büro befindet sich im ersten Stock des Rathauses in Oberlahnstein.

Sprechstunden sind vormittags von 8—12 und nachmittags von 2½—6 Uhr.

Die Herren Bürgermeister werden um ortsübliche Bekanntmachung ersucht.

St. Goarshausen, den 18. Februar 1919.

Kreis-Ausschuss für Kriegsbeschädigten-Fürsorge.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Die Gemeinde-Försterstelle Singhofen in der Oberförsterei Nassau, mit dem Wohnsitz in Singhofen, Kreis Unterlahn, gelangt mit dem 1. Juli 1919 zur Neubesehung.

Mit der Stelle, welche die Waldungen der Gemeinden Singhofen, Gungel und Berg mit einer Größe von 848 ha umfasst, ist ein Jahreseinkommen von 1200 M., steigend von der endgültigen Anstellung ab von 3 zu 3 Jahren um je 200 M. bis zum Höchstbetrag von 2400 M., verbunden, welches auf Grund des Gesetzes vom 12. Oktober 1897 pensionsberechtigt ist. Außer dem baren Gehalte wird freie Dienstwohnung und Freibrennholz bis zu jährlich 16 Raummeter Derrholz und 100 Wellen bzw. Geldentschädigungen hierfür von jährlich 300 M. bzw. 100 M. bewilligt. Die freie Dienstwohnung und das Freibrennholz bzw. die Geldentschädigungen hierfür sind mit 300 M. bzw. 100 M. beim Ruhegehalt anzurechnen.

Die Anstellung erfolgt zunächst auf eine einjährige Probefristzeit.

Bewerbungen sind bis zum 1. Mai 1919 an die Oberförsterei Nassau in Nassau zu richten.

Es wird bemerkt, daß nur Bewerber mit forstlicher Vorbildung Aussicht auf Berücksichtigung haben.

Wiesbaden, den 3. Februar 1919.

Der Regierungspräsident.

Die Nationalversammlung.

Die Montag-Sitzung aufgehoben.

Weimar, 17. Febr. Reichsminister Erzberger gab einen Bericht über den neuen Abschluß des Waffenstillstandes. Er verlas den Wortlaut des Zusatzabkommens, welches im ersten Punkte die unverzügliche Einstellung aller deutschen Offensivbewegungen in den östlichen Landesteilen festsetzt und die Ueberführung einer gewissen genau bestimmten Demarkationslinie unterlag, im zweiten Punkte die Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November auf eine unbefristete kurze Zeitdauer verlängert, wobei die alliierten Mächte sich das Recht vorbehalten, den Waffenstillstand mit einer Frist von drei Tagen zu kündigen, wonach drittens die noch schwebenden Abkommensverhandlungen bzw. die Verhandlungen über noch unvollständig verwirklichte frühere Abmachungen fortgesetzt und zum Abschluß geführt werden sollten.

Trotz der Versuche, eine Anzahl Wilderungen durchzusetzen, ist, abgesehen von einer anderweitigen Abgrenzung gegen Polen, nichts erreicht worden. Der Rechte-Distrikt bei Bromberg ist nicht in das in Frage kommende Gebiet einbezogen, daselbe gilt für Oberschlesien. Die Alliierten haben ihrerseits die Verpflichtung übernommen, zu gewährleisten, daß auch die Polen sich strikte an die verabredete Linie halten. Das Abkommen hat nach der Erklärung Hochs rein militärischen Charakter. Jemand eine bestimmte Forderung über die Freigabe unserer Kriegsgefangenen konnte nicht erlangt werden. Wohl sei Frankreich bereit, 2000 kranke und schwerverletzte Kriegsgefangene in die Heimat zu entlassen, ebenso England.

Nach dieser Trauerbotschaft, war es wirklich angebracht, daß Präsident Fehrenbach die Sitzung aufhob, wodurch er am besten die Trauer, die das neue Abkommen bei allen hervorgerufen, zum Ausdruck bringt.

Die Verufe in der Nationalversammlung.

Eine Durchsicht der Mitglieder der einzelnen Fraktionen auf ihre Verufe zeigt ganz interessante Rückschlüsse. So besteht das Zentrum aus 10 Beamten, 19 Arbeiter- und Verbandssekretären, 2 Kaufleuten, 6 Redakteuren, 11 Juristen, 1 Fabrikant, 4 Hochschullehrern, 7 Landwirten, 4 Ministern, 2 holländischen Beamten, 2 Rentnern, 1 Reichsbeamten, 3 Geistlichen, 4 Lehrern, 5 Handwerker, 1 Generalsekretär; die Deutschnationale Volkspartei aus 13 Landwirten, 2 Handwerker, 3 Verleger, 8 Beamten, 3 Ministern a. D., 1 Arzt, 2 Arbeitersekretären, 4 Geistlichen, 1 Rechtsanwalt, 2 Lehrern; die Deutsche Volkspartei aus 2 Landwirten, 1 Schriftsteller, 5 Beamten, 1 Pfarrer, 1 Rechtsanwalt, 1 Lehrer, 2 Ministern, 3 Hochschullehrern, 1 Generalsekretär, 1 Generaldirektor, 1 Bergmann, 1 Kaufmann; die Deutsche demokratische Partei aus 15 Juristen, 9 Ministern (eins a. D.), 14 Beamten, 3 Fabrikanten, 1 Handwerker, 1 Kommerzienrat, 4 Redakteuren, 4 Schriftstellern, 3 Lehrern, 7 Landwirten, 5 gewerkschaftlichen Beamten, 3 Hochschullehrern, 1 Pfarrer, 1 Generalsekretär, 1 Privatmann; die Unabhängigen Sozialdemokraten aus 9 Redakteuren, 2 Arbeitern, 2 Parteisekretären, 2 Juristen, 2 Fabrikanten, 1 Schriftsteller, 1 Expedienten; die Sozialdemokraten aus 68 Partei-, Gewerkschafts- und Arbeitersekretären, 35 Redakteuren und Schriftstellern, 16 Ministern, 4 Juristen, 13 Arbeitern, 1 Arzt, 1 Rentner, 1 Lehrer, 4 Buchdruckereibesitzer, 2 Kaufleuten, 1 Photographen, 1 Postsekretär.

Das deutsche Papiergeld verläßt Belgien.

Wie das Pariser „Journal“ meldet, hat Deutschland bekommen, sämtliches Papiergeld, das es in Belgien zur Ausgabe gebracht hat, zurückzuziehen, und zwar zum Preise von 1,25 Franken für die Mark. Es ist für etwa 6¼ Milliarden Papiergeld in Kurs gekommen.

Niktritt des Kapitäns Banjelow.

Berlin, 18. Febr. Berliner Blätter melden, daß der Vertreter der Marine-Interessen bei der deutschen Waffenstillstandskommission, Kapitän Banjelow, seinen Niktritt angeboten habe, da er der Ansicht ist, daß in militärischer und wirtschaftlicher Beziehung die Politik Erzbergers bei den letzten Verhandlungen in Trier geradezu katastrophale Wirkungen gezeitigt habe.

Im Ruhrrevier.

Essen, 18. Febr. Gestern sind die Belegschaften auf folgenden Fachen der Ruhrkohlenbezirks in den Streik getreten: Der Kaiser in Neumühl, Westend 1 und 2, Diergard 1 und 3, Altsade, Konfordia, die Fachen der Gu-

ten Hoffnungshütte-Oberhausen, Tondern und Viktoria Matthias, Graf Beust, Matthias Stinnes 2 und 4, ferner auf drei Schachtanlagen der Essener Steinkohlenbergwerke, auf Graf Bismarck 3 und 5, Hugo 2, Karolinengründ, Hannibal 1, Augusta Viktoria, Rabbod und Sachsen. Die Belegschaften waren zum Teil schon eingefahren und wurden von Bewaffneten gezwungen, wieder auszufahren.

Duisburg, 18. Febr. In allen größeren Industriestädten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes außer Duisburg ist heute morgen der Generalstreik proklamiert worden. Sämtliche Werke liegen still. Die Arbeitswilligen wurden durch bewaffnete Spartakisten von der Arbeit abgehalten. In Mülheim (Ruhr) ist die Belegschaft in einen Abwehrstreik eingetreten, wodurch die Stadt vom Post- und Bahnverkehr abgeschnitten ist. Das Proletariat ist bewaffnet und zum Widerstand gegen die Regierungstruppen entschlossen.

Wahlordnung für die Kreistage.

Berlin, 15. Febr. Der Zentralrat hielt am 13. Februar mit der preussischen Regierung eine Sitzung ab, in der die Wahlordnung für die Kreistage beraten wurde. Nach der Verordnung werden die Kreistage aufgelöst. Die neuen Wahlen sind bis zum 15. April vorzunehmen. Die Kreis-Ausschüsse sollen ebenfalls aufgelöst und ihre Neuwahl durch die neugewählten Kreistagsmitglieder geschehen. Für die Qualifikation der Landräte wurden erleichterte Bestimmungen beraten. Die preussische Landesversammlung soll bis zum 4. März einberufen werden. Zugestimmt wurde dem von der Regierung vorgelegten Entwurf einer Notverfassung, der dem Landtag vorgelegt werden soll. Ueber den endgültigen Verfassungsentwurf soll in einer späteren Sitzung beraten werden. Eine längere Beratung ergab sich noch über die Erhebung von Beamten, die die neuen Verhältnissen nicht Rechnung tragen. (Cobl. Bl. 13. Febr.)

Gegen unnötige Verlängerung der Zwangswirtschaft.

Aus Fachkreisen wird der Wiesb. Ztg. geschrieben: Wie verlautet, sollen die aus den freigewordenen Garnbeständen herzustellenden Waren durch die Reichs-Textil-Aktiengesellschaft verteilt werden. Gegen diese unnötige Verlängerung der Zwangswirtschaft, die ebenso wenig im Interesse der Verbraucher liegt, wie sich auch der gesamte Handel gegen sie wehren wird, muß entschieden Einspruch erhoben werden. Die Kriegswirtschaft mit ihren Nachteilen darf keinen Tag länger als nötig aufrechterhalten, auf keinen Fall dürfen ihr neue Waren unterstellt werden.

Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 19. Februar.

1.: Kriegsbeschädigten-Fürsorge. Die Leitung der Kreisgeschäftsstelle für Kriegsbeschädigten-Fürsorge liegt nach dem freiwilligen Niktritt des Herrn Kommerzienrats C. E. Schmidt in Händen des Herrn Fabrikbesizers G. Lohbede. Das Büro befindet sich im ersten Stock des Rathauses in Oberlahnstein. Sprechstunden sind vormittags von 8—12 und nachmittags von 2½ bis 6 Uhr.

(2.) Jnnung für Friseur. Wie in anderen Kreisen, so beabsichtigen auch in unserem Kreise St. Goarshausen die Friseure sich zu einer Jnnung zusammen zu schließen. Sie werden sich zu einer Aussprache hierüber am Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 4 Uhr im Hotel „Kaiserhof“ in Oberlahnstein zusammensinden. Anlaß zu einem solchen Zusammenschluß geben die sich oft erhebenden Standesfragen, die nur durch einen Zusammenschluß erledigt werden können.

3.: Beförderung. Herrn Oberpostassistenten Bertram wurde der Titel als Postsekretär verliehen.

4.: Versicherung. Der Bürgerlichen Versicherungs-Aktiengesellschaft in Berlin wurde in der Senatssitzung des Reichsausschusses zu Berlin am 20. Dezember 1918 die Zulassung zum Geschäftsbetriebe über das Deutsche Reich erteilt. Diese Gesellschaft ist aus der Bürgerlichen Versicherungs-Gesellschaft a. G. hervorgegangen, wurde im Jahre 1902 zu Leipzig gegründet. Gründer und Direktor ist Herr R. Jungmann. Die Bürgerliche Versicherungs-Aktiengesellschaft in Berlin W. 35 betreibt die Lebens-, Sterbegeld-, Kinder- und Krankenversicherung.

5.: Rheinschiffahrt. Die Bestimmung vom 23. Januar 1919 über die Schiffbrücke der französischen Besatzungstruppen zwischen St. Goar und St. Goarshausen, wird in Abfag 6 wie folgt abgeändert: „Die Brücke ist am 1. und 3. Sonntag jeden Monats von 11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachm. französische Zeit (B. G. Z.) geschlossen.“

Niederlahnstein, den 19. Februar.

6.: Hinweis. Firmen des Handelskammerbezirks, die an der Wiederaufnahme des Handelsverkehrs mit Rußwegen nach dem Kriege Interesse haben, werden ersucht sich bei der Limburger Handelskammer zu melden.

Braubach, den 19. Februar.

(::) Obst- und Gartenbauverein. Letzten Sonntag hielt genannter Verein im „Felsenkeller“ Jahresversammlung. Die Mitgliederzahl beläuft sich auf 77. Die ungünstigen Kassenverhältnisse der letzten Jahre besserten sich durch die Obsternte aus der Baumschule, immerhin verschlingt deren Unterhaltung ein gut Teil der Einnahmen. Aus der Baumschule konnten den Mitgliedern wiederum eine Anzahl junger Bäumchen zu billigem Preise abgegeben werden. Ueber die Kaninchen- und Fasanenplage wurden längere Erörterungen gepflegt. Ein von unserer Stadtbehörde eingeholtes Gutachten des Oberförsters über Bekämpfung der Kaninchen wurde bekannt gegeben. Danach wird der Fang durch Frettchen in erster Linie geraten. Da die Kaninchen hier aber in gehöhlten Gängen, wo das Frettchen angewandt werden kann, nicht leben, sondern sich in den großen, dichten Weiden-Anlagen am Rhein und den Holzplätzen bei der Stadt verbergen, verspricht man sich wenig Erfolg von dieser Methode. Im Allgemeinen stehen die Besitzer der Plage wehrlos gegenüber, das Gleiche gilt von den Fasanen, die als neue Wildart seit einigen Jahren hier aufgetreten sind, sich stark vermehren und sehr viel Schaden hier und da anrichten. Fasanenschaden ist, wie betont wurde, zu erwarten, nicht aber Kaninchen Schaden. Aus der Versammlung wurde des Weiteren dargelegt, wie wichtig die Beseitigung der Weidenpflanzungen am Rhein sei, da diese die Versteckplätze für schädliches Wild seien und sie sich im Sommer durch den Gestank angetriebener Tierleichen höchst unangenehm bemerkbar machten. Die Zushaltung der Weidenpflanzung, welche von der Stadtbehörde beantragt ist, sei mit Freuden zu begrüßen, zumal damit wertvolles Gemarkungsland noch gewonnen werde. In der Baumschule sollen die Abgänge durch Wildschäden und Verderben ausgeglichen werden. Eine Anzahl Apfelhochstämmchen kann noch im Laufe dieses Frühjahrs an Mitglieder abgegeben werden. — Meldungen beim Vorsitzenden Herrn Lehrer Wirth, hier. Wie schon wiederholt, wurde auch von neuem vor dem Anbau vieler Obstsorten gewarnt. Viele glauben möglichst neu auftauchende Sorten anlegen zu müssen. Die bewährten alten Wirtschaftsorten treten dabei in den Hintergrund. Soll einmal später eine Massenlieferung aus unserer Gemarkung in Frage kommen, wobei dann der Verein die Sache in die Hand nehmen würde, dann müssen wenig, aber bestimmte Sorten in möglichst großer Zahl vorhanden sein. Zum Schluß wurde noch der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die vor etlichen Jahren angeschaffte Baumspitze rechtzeitig und ausgiebig zum Spritzen der unter dem Schorf leidenden Obstbäume angewendet werde.

(::) Weinbergsdrieche. Die Bearbeitung der Weinbergsdrieche war, wie leicht erklärlich in den Kriegsjahren fast ganz unterblieben. Nachdem nun unsere Winzer und Landwirte zum größten Teil wieder daheim sind, wird, wie von höherer Behörde in Aussicht genommen, eine Beseitigung der Driecheflächen wieder verlangt werden. Die Not hat nun vielfach dazu geführt, daß ehemalige Driecheflächen umgegraben oder gegraben und darauf Kartoffeln, Hülsenfrüchte u. a. gepflanzt wurden, wenn auch

manchmal durch Dürre, Wildfraß mit wenig oder bescheidenem Erfolg. Dessen ungeachtet tut mancher gut, Versuche dieser Art zu wiederholen und wird man auch häufig, z. B. bei Kartoffelanbau auf tief gerodetem Boden gute Erfolge erzielen. Natürlich muß, wenn ein solcher, an und für sich meist magerer Boden mehrere Jahre hintereinander bepflanzt wird, mit Düngung nachgeholfen werden. Wo dies nicht möglich ist, kann ein Anbau allerdings auf die Dauer umsonst sein. Neben diesen, von Weinreben gesäuberten Drieche kommen in größerer Zahl nicht mehr bebaute Weinberge, denen keine nennenswerte Pflege zuteil wurde, die weder geschnitten noch aufgebunden worden sind, in Betracht! Die Besitzer müssen sich entschließen, ob sie den ordnungsmäßigen Bau wieder aufnehmen wollen. Die Driecheverordnung betrachtet als Drieche schon dann einen Weinberg, wenn in ihm 2 Jahre hintereinander der Schnitt und das Aufbinden nicht geschehen ist. Wer also den Bau des Weinbergs endgültig aufgibt, hat die Pflicht, die Stöcke nebst Wurzeln gründlich heraus zu roden und die Fläche tief umzugraben. Ueberhaupt schreibt die Verordnung ein jährliches Umgraben alles ehemaligen Weinberggeländes vor. Die Flächen sollen ohne Gestrüpp, Dornen, Weinreben und Unkraut sein. Wenn nun auch das Auftreten von Unkraut bei nur einmaligem Umgraben nicht zu vermeiden ist, so bleibt immer noch die Arbeit, das Stüd Land einigermaßen in Ordnung zu halten. Diese Maßnahmen dürften einen Hauptgrund für den Besitzer abgeben, sein ob daliegendes Weinbergsgelände einem anderen Zweck zuzuführen. Ein Teil der Drieche läßt sich, abgesehen von dem eingangs erwähnten Anbau mit Kartoffeln als Futtergrasfläche verwerten oder mit Klee anlegen. Andere eignen sich auch zur Anpflanzung von Kirschbäumen. Leider sind die heutigen Preise für junge Bäumchen gewaltig hoch. Daneben können Stachel- und Johannisbeersträucher an geeigneten Stellen angepflanzt werden, an lehmigen Stellen vielleicht auch Erdbeeren. Haselnüsse eignen sich ebenfalls noch in den geringsten Lagen. Wo Wald anstößt oder die Fläche von Tannenbeständen umgeben ist, da pflanzt man ebenfalls Tannen.

a. Vom Lande, 18. Febr. Wenn man in den letzten Wochen die fieberhaften Anstrengungen liest, welche unsere Behörden machen, um den arbeitslosen Arbeitern Beschäftigung zu geben, wenn man die Aufrufe liest, welche an die Landwirte die Bitte richten, Arbeiter aufzunehmen, auch dann, wenn von den Arbeitgebern finanzielle Opfer gebracht werden müßten, müdet es einem an, ob Arbeiter massenhaft bereit ständen, welche mit Freuden auch die Arbeit auf dem Lande aufnehmen würden. Wenn man aber jemand zur Arbeitsleistung im landwirtschaftlichen Betriebe benötigt und Umfrage hält, so muß man leider erfahren, daß man niemand haben kann. Und sollte sich wirklich jemand bereit finden, so muß man erfahren, daß nur leichte und sogenannte „fertige Arbeit“ bei unerschwinglichen Löhnen gesucht wird. Auf dem Lande ist z. Bt. viele Arbeitsgelegenheit, aber es findet sich nur selten jemand, der sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen möchte. Es muß doch fast jedem Rechtsdenkenden einleuchten, daß der mittlere und kleinere Bauer nicht im Stande ist, die jetzt beanspruchten

riesigen Löhne zu zahlen. Wohl heißt es allenthalben, der Bauer hat jetzt riesige Einnahmen; daß aber auch seine Ausgaben dementsprechend gewachsen sind, davon darf selbstverständlich keine Rede sein. Man will nicht einsehen, daß z. B. ein Knechtslohn heute nicht von den Einnahmen für landwirtschaftliche Produkte von einem Besitzstand von 30 Morgen Land gedeckt werden kann. Um diese Produkte zu ziehen, muß der Besitzer mit seiner Familie das ganze Jahr mitarbeiten. Wo bleibt da der Verdienst, den doch auch die eignen Arbeitskräfte logisch zu beanspruchen hätten. Hier muß also die ganze Familie arbeiten, daß der Knecht einen guten Lohn u. freie Station (Selbstverlänger) und das bedingene „Zubehör“ erhält. So lange man nicht zu der Erkenntnis kommt, daß jeder mithelfen soll, mit bescheidenen Ansprüchen das Brot zu bauen, wird es nicht besser werden und wenn wir auf dem Lande die nötigen Arbeitskräfte nicht erlangen können, wird auch die Ernährungsfrage eine heikle Frage bleiben.

Aus Nah und Fern.

Elville. Schenkung des Märlerschen Weingutes. Hier ist plötzlich der in weiten Kreisen bekannte Gutsbesitzer Georg Märlers gestorben. Herr Märlers war Stifter segensreicher Rheingauer Wohltätigkeitsanstalten. So geht durch seinen Tod der gesamte Märlersche Weingutsbesitz mit geräumigem Wohnhaus durch Schenkung an die Gemeinde Hattersheim über.

Rönigstein, 17. Febr. Die Herzogin von Nassau, Großherzogin-Witwe Maria Adelheid von Luxemburg nimmt demnächst für längere Zeit im hiesigen Schloß Wohnung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die hiesigen zurückgekehrten Großherzogin Adelheid von Luxemburg vorerst Rönigstein als Wohnort erwählt, da sie wegen ihrer deutschfreundlichen Gesinnung fortgesetzten Angriffen durch die Luxemburger Bevölkerung ausgesetzt ist. (Emf. Ztg.)

In Sobernheim wurden die ersten Tabakverkäufe der Zentner zu 800 Mark abgeschlossen, ein Preis von so unerhörter Höhe, wie er noch niemals erreicht wurde.

St. Goar, 14. Febr. Der beim Landratsamt in St. Goarshausen beschäftigte und mit der Leitung der Kreisfornstelle betraute Assessor Dr. Pfeiffer, wurde zum hiesigen Bürgermeister gewählt. Seine Wahl wurde von der Coblenzer Regierung telegraphisch bestätigt.

Coblenz, 17. Febr. Ein Opfer des Bolschewismus wurde der auch in hiesigen Angelegenheiten bekannte langjährige ehrenamtliche Vorsteher des Kreises Dortmund im Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verband, Otto Rohmann. Er wurde auf dem Nachhausewege von einer wichtigen Besprechung in der „Fahrt Leopold“ von Spartakiden überfallen und erschossen.

Eine Kartoffellieferung an die Einwohner in den nächsten Monaten ist so gut als ausgeschlossen. Deshalb spare Kartoffeln!

Bekanntmachungen.

Zur Ausführung von Holzfällungen
im Oberlahnsteiner Stadtwald und zwar im Schutzbezirk Oberlahnstein I (Förster Baggett) werden sofort 20—25 tüchtige Holzhauer oder solche Leute gesucht, welche mit dem Fällen und Aufarbeiten von Nadel- und Brennholz genügend vertraut sind. Die Arbeiten müssen im Afford ausgeführt werden und werden gute Affordlöhne gezahlt. Personen, welche bereit sind in der Lage sind, an der Holzfällung teilzunehmen, wollen sich sofort mündlich oder schriftlich im Rathaus Zimmer Nr. 5 melden. Oberlahnstein, den 18. Februar 1919.

Der Magistrat.
H. B. Herber, Beigeordneter.

Gemäß Befehl des Ortskommandanten müssen die Straßen der Stadt jeden Vormittag um 9 Uhr gereinigt sein.

Nicht nur der Hausbesitzer, sondern jeder Mitbewohner vom Hause ist zur Straßenreinigung vor demselben verpflichtet und mit verantwortlich.

Oberlahnstein, den 16. Februar 1919.

Die Polizeiverwaltung.

Gewerbliche Bäcker und Kolonialwarenhandlungen werden hiermit aufgefordert, die in ihrem Besitz befindlichen Zwiebackkarten bis Donnerstag morgen 12 Uhr Rathaus Zimmer 1 abzugeben.

Oberlahnstein, den 15. Februar 1919.

Die Lebensmittelstelle.

Einladung zur Stadtverordnetenversammlung
am Freitag, den 21. Februar, nachmittags 5 Uhr im Rathausaale.

Tages-Ordnung.

1. Beitrag für die gewerbliche Fortbildungsschule.
2. Aufstellung eines neuen Betriebsplanes für den Gemeindevorstand.
3. Mitteilungen.
4. Geheime Sitzung.

Oberlahnstein, den 17. Februar 1919.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung:

Dr. Deussen.

Uhrrotwein

Walporzheimer Auslese
per Flasche Mk. 8.50
wieder eingetroffen bei
Ludwig Repler Wwe.
an der kath. Kirche.

Seegrass

auch für Wiederverkäufer
eingetroffen

Chr. Gottwald
Oberlahnstein.

Reiner Tabak

Fein- u. Grobqualität
wieder eingetroffen
Emil Eschenbrenner
Erika Eschenbrenner
Braubach.

Nach St. Goarshausen

zu kaufen gesucht
ein doppeltür., heller
Kleiderschrank, kl. Tisch
u. Sessel od. Liegestuhl.

Angebote mit Preis unter
Nr. 588* an die
Geschäftsstelle erbeten.

Ein gut erhaltenes

Klavier

zu kaufen oder zu mieten gesucht.
Offerten unter V. W. 100 an
die Geschäftsstelle dies. Blattes.

Jeder Posten gebrauchte

Blumentöpfe

kauft

Gärtnerei Becker, Bräunstr.

Holzversteigerung.

Freitag, den 21. Februar, 9 Uhr vormitt.

anfangend kommen im Gemeinwald Dachsenhausen

Distrikt Hohlslage 14

beim Bahnhof Dachsenhausen an der Chaussee Dachsenhausen-Weiden

100 Aa. Schnitt und Anzapfelholz

5000 Stüd. Nadeln

zur Versteigerung.

Dachsenhausen, den 18. Februar 1919.

Hahn, Bürgermeister.

Ruh-Diehversteigerung.

Am Freitag, den 21. Februar
Nachmittags 1 Uhr

läßt die Witwe des verstorbenen Herrn

Samuel in Oberdachsenhausen von

ihren Nichte

7 Stüd und zwar 1 Kuh mit Kalb so-

wie 5 Stüd Kleinvieh und außerdem

sonstige landwirtschaftl. Geräte

öffentlich meistbietend versteigern.

Bezirksarbeitsnachweis

Ecke Wilhelm-Frühmeyerstr. 181.

Es wird für nachstehende Arbeitskräfte geeignete

Beschäftigung gesucht.

Männliche Arbeitskräfte:

10 Arbeiter, 1 Heizer, 2 Schiffer, 10 jugendl. Arbeiter,

2 Schlosser, 3 Maurer, 1 Bau- und Möbelschreiner;

Weibliche Arbeitskräfte:

3 Schreibhilfen, 2 Kochfräulein, 4 Diensthöten für halbe

und ganze Tage.

Ferner werden für folgende offene Stellen gesucht:

2 Schuhmacher, 1 Polsterer und Tapezierer. Für die

Landwirtschaft außerhalb: 8 Knechte und Arbeiter.

3 weibl. Diensthöten, 8—10 Sommerarbeiterinnen.

Die Herren Arbeitgeber pp. die Arbeitskräfte gleich

welcher Art in ihrem Betriebe beschäftigen können,

werden gebeten ihren Bedarf umgehend bei dem Unter-

zeichneten anzumelden.

Bezirksarbeitsnachweis (Herm. Jos. Weil).

Abgeschlossene

3-Zimmerwohnung

von einzelner Dame in Niederlahnstein, zum April od. später gesucht. Offerten unter 580 an die Geschäftsstelle dies. Zeitung.

Kleine Wohnung

zu vermiet. Näh.: Mittelstr. 29.

Schneidbergeselle

auf Groß- oder Kleinstücke sofort

gesucht. Niederlahnstein, Wille Schie.

Für gleich oder 1. März ein

braves tüchtiges

Alleinmädchen

gesucht. Gute Behandlung zu-

gesichert. Wo, f. d. Geschäftsst.

Tüchtiges Mädchen od.

unabhängige Frau

gegen hohen Lohn für alle Haus-

arbeit gesucht. Rheinstraße 9.

Gesucht zum 1. März

ein zuverläss. Mädchen

für Küche u. Haushalt in ruhig.

Gaßh. u. Manhan, Westallee 21.

Unabhängige Frau od.

Mädchen

für alle Hausarbeiten in einer

Mühle gef. Näh.: Geschäftsst.

Zuverlässiges

3. Weitmädchen

gesucht.

Gefellensstr. 20, Wuppertal, Solingen.

Erbseisenreifer

zu haben bei Johann Schiffer,

auf dem Friedhof.

Wäsche im Hause

wird angenommen. Wuppertal 2.

Niederlahnstein.